



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Below, G. v.: Ein Tendenzroman (F. Naumanns Buch "Die politischen Parteien")

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Ausführung. Die Tragödie des schönen Weibes, das von allen, selbst von den Geschwistern, freventlich begehrt wird, das selbst im ermüdenden Alter nicht Frieden genießen darf, bis es Zeus zu sich in den Olymp ruft. Es liegt Verhaeren nie daran, Theaterstücke im gewöhnlichen Sinn zu schaffen, Werke für die breite Masse (man bedenke: in „Le Cloître“ ist keine einzige weibliche Gestalt!), ihn interessiert einzig das Problem. Er stellt gewisse Typen männlicher Personen auf; er will eine Idee darlegen, die dann an den vorbereiteten Höhepunkten klar und läuternd dem Hörer vor Augen tritt. So sind diese dramatischen Werke zu betrachten wie die Gedichte: als Anrufungen, als begeisterte Ansprachen. Auch in ihnen glüht die feurige Freude, die Verhaerens unvergängliche Tat offenbart: den Sieg des modernen Europäers über das Leben und die Segnungen, die aus dieser Überwindung hervordühen!



## Ein Tendenzroman

### (F. Naumanns Buch „Die politischen Parteien“)

Von Geh. Hofrat Prof. Dr. G. v. Below = Freiburg i. B.



Es ist immer interessant, zu beobachten, wie sich die Geschichte in den Vorstellungen eines Parteimannes spiegelt. Nicht bloß die objektive Berichterstattung gewährt Belehrung. Auch die subjektiv gefärbte Darstellung hat ihren Reiz und ihr Interesse und kann auch direkt als lehrreich bezeichnet werden, eben als ein Spiegelbild eines bestimmten Parteiprogramms.

Das Interessanteste, was die neueste Zeit in dieser Hinsicht hervorgebracht hat, dürfte F. Naumanns Buch „Die politischen Parteien“ sein, das einen historischen Bericht geben will. Naumanns politische Wünsche gipfeln zurzeit in der Verwirklichung der Formel „von Bismarck bis Bebel“: alle Liberalen und Sozialisten sollen eine politische Einheit bilden und gemeinsam gegen die „konservativ-kerikale Reaktion“ Sturm laufen. Die von Naumann selbst genannten Führer Bismarck und Bebel haben freilich übereinstimmend seine Forderung unliebenswürdig als „Blödsinn“ bezeichnet. Indessen läßt er sich dadurch von seiner Lieblingsformel nicht abbringen, und es ist auch nicht zu leugnen, daß er für sie eine beträchtliche Gemeinde hinter sich hat. Ein namhaftes Stück in der Agitation für sein Ideal bildet nun auch jene Schrift. Ihr vorgeblich historischer Inhalt wird nur verständlich, wenn man sich gegenwärtig hält, daß Naumann mit ihr seinen Gläubigen die Überzeugung von der Untrüglichkeit seiner Formel einimpfen will. „Seit 1878“ — sagt er Seite 29 — „beginnt die Zeit der konservativ-kerikalen Vorherrschaft in Deutschland“. Liberalismus und Sozialdemokratie werden seitdem von den vereinigten Konser-

vativen und Ultramontanen im Bunde mit der Regierung bekämpft. Obwohl diese verbündeten Mächte einiges Gute stiften, bedeutet ihre Herrschaft doch eine Einschränkung und Unterdrückung des deutschen Geistes. Deutschland steht in Gefahr, ein zweites Spanien zu werden. Liberale und Sozialisten müssen sich zusammenschließen, um ihre Herrschaft aufzurichten, womit sie eine großartige Entfaltung des deutschen Volkes herbeiführen werden. Sie können sich aber zusammenschließen, weil sie im Grunde dasselbe wollen, nämlich das Gegenteil von dem, was Konservative und Zentrum erstreben.

Wie in Tendenzdarstellungen regelmäßig so viel Wahres aufgenommen wird, daß der Leser geblendet werden kann, so geschieht es auch hier. Richtig ist vor allem, daß die Sozialisten und die Liberalen, wenigstens die links stehenden, seit 1878 nicht die Führung in der deutschen Politik gehabt haben. Aber wie wird diese Tatsache von Naumann herumgedreht!

Zunächst und von vornherein: das Zentrum befand sich in der großen Zeit der inneren Politik Bismarcks (1878 ff.) so wenig in einer herrschenden oder gouvernementalen Stellung, daß Bismarck seine Mitwirkung nur für einzelne Gesetze und nur mit Mühe gewann, meistens dagegen ihm gegenüber eine Kampfstellung einnahm. Jedermann kennt doch heute noch Bismarcks Kampf gegen die Reichstagsmehrheit „Windthorst-Richter-Grillenberger“ (Rickert und Stauffenberg einschließlic). Auch Naumann (S. 33) zitiert diese Formel, aber freilich nicht sowohl, um dem Leser die treuen Brüder Freisinnige und Ultramontane vorzuführen, als vielmehr, um mit einer gewissen Genugtuung festzustellen, daß es der Reichstagsmehrheit gelungen sei, „selbst einem Bismarck“ trotz seines Eifers, die Presse für sich zu benutzen, „Einhalt zu bieten“. Überhaupt macht man bei Naumann die Beobachtung, daß er die meisten der in Betracht kommenden Tatsachen erwähnt, sie jedoch in eine besondere Beleuchtung rückt und in einer ihm genehmen Art verwendet\*). So muß er einmal selbst gestehen (S. 36), daß der Höhepunkt von Bismarcks Macht (1887) erreicht wurde durch einen Sieg der vereinigten Konservativen und Nationalliberalen über die vereinigten Freisinnigen, Ultramontanen und Sozialisten! Wo bleibt dann aber die Vereinigung der Regierung und der Konservativen mit dem Zentrum? Die Freisinnigen verhöhnten in den achtziger Jahren in den Zeitungen die Regierung, als sie sich allmählich vom Kulturkampf zurückzog; bei den Wahlen und den parlamentarischen Abstimmungen jedoch legten sie großen Wert

\*) Man muß darauf verzichten, dies Verfahren Naumanns in allen Einzelheiten zu kennzeichnen. Ich weise noch auf S. 33 hin, wo er schildert, wie weite Volkskreise, die des „Parlaments“ und der „Regierung“ müde waren, ihre Augen darauf richteten, daß der Kronprinz bald den Thron besteigen würde, und davon „bessere Zeiten“ erhofften. Tatsächlich waren diejenigen, die damals auf den Thronwechsel spekulierten, keineswegs irgendwie „müde“, sondern von dem brutalen Wunsch erfüllt, Bismarck zu stürzen. Naumann will aber offenbar den Anschein erwecken, als ob Bismarcks Politik das Publikum politisch „müde“ gemacht habe, während doch gerade in jenen Jahren das politische Leben einen großen Zug hatte und die allgemeinste politische Betätigung bestand.

darauf, die Unterstützung des Zentrums zu erhalten, wie sie sie auch tatsächlich erhielten.

Seit den Reichstagswahlen des Jahres 1890 beginnt ein näheres Verhältnis der Regierung zum Zentrum oder auch eine gewisse Abhängigkeit von ihm. Naumann (S. 40) schildert spottend, wie aufmerksam alles gelauscht habe, wenn der verstorbene Abgeordnete Lieber eine Rede hielt. Indessen was hat diese Situation herbeigeführt? Nichts anderes als die wesentliche Verstärkung der Freunde Naumanns, der Freisinnigen und Sozialisten, auf Kosten der Nationalliberalen bei den Wahlen von 1890. Die Freisinnigen waren so rabiät, daß sie 1893 die Regierung zwingen, sogar bei den Polen eine Stütze zu suchen. Hätte sie nicht an dem preussischen Abgeordnetenhaus einen Rückhalt gefunden\*), so hätte das Deutschtum in den östlichen Provinzen die schwersten Verluste erlitten.

Naumann selbst treibt es übrigens noch heute ähnlich wie die alten Freisinnigen, wenn er einerseits den Kulturkampf scharf verurteilt und es der Frankfurter Zeitung zum höchsten Verdienst anrechnet\*\*), daß sie ihn nicht mitgemacht habe, und andererseits die Reichsregierung verspottet, weil sie den Kulturkampf aufgegeben, um Bewilligungen für die Flotte zu erlangen (S. 73); ein Zeichen nebenbei, daß Naumann in der Chronologie nicht sehr beschlagen ist.

Nach Naumann waren für Bismarck seit 1878 die Nationalliberalen die „unbequemste“ Partei; er wollte mit ihnen „Schicht machen“ (f. z. B. S. 23 und 26). In Wahrheit wandte er sich nicht sowohl gegen die Partei im ganzen, als vielmehr gegen ihren linken Flügel, die späteren Sezessionisten. Die Liebedemannschen Tagebücher zeigen, wie unangenehm ihm diese Kreise schon vor 1878 gewesen sind (das Scherzwort über Lasfers Namen stammt bereits aus jener Zeit). Dagegen hat er mit dem rechten Flügel der Nationalliberalen stets ein gutes Verhältnis gesucht, auch bei sachlichen Differenzen die direkte Fehde gegen ihn vermieden. Mehreres in Bismarcks Politik erklärt sich nur aus seinem Bestreben, mit den echten Nationalliberalen auf gutem Fuß zu bleiben. Dies zu betonen paßt freilich nicht in Naumanns Plan. Denn der Liberalismus soll als etwas ganz Einheitliches erscheinen. Nach Naumann (S. 32) sind die Nationalliberalen „von Bismarck zerdrückt“ worden und zerdrückt eben gerade von ihm. Gewiß hängt es teilweise mit der Bismarckschen Politik zusammen, wenn die Konservativen auf Kosten der Nationalliberalen Fortschritte gemacht haben. Indessen in größerem Umfang war der Kampf der Nationalliberalen um ihre Existenz ein Kampf gegen Freisinnige und Sozialdemokraten, und Bismarck wünschte dringend jenen den Sieg. Ein Erfolg der Nationalliberalen über Freisinnige, Sozialisten oder Ultramontane galt stets als Erfolg Bismarcks.

Schon die Umstände, die wir hiermit hervorgehoben haben, beweisen, daß das Schema Naumanns — hier konservativ-kerikal mit der Regierung, dort liberal-sozialistisch — historisch gar nicht zutrifft. Und wie will er ferner die

\*) Vgl. meine Schrift: „Das parlamentarische Wahlrecht in Deutschland.“ S. 55 f.

\*\*) Vgl. Grenzboten vom 13. Juli 1910, S. 62.

Freikonservativen in sein Schema hineinzwängen? Er erwähnt sie zwar einmal, unterläßt es jedoch wohlweislich, ihre Stellung näher zu würdigen. Sodann bleibt es bestehen, daß die Nationalliberalen von den Freisinnigen durch einen tiefen Graben getrennt gewesen sind (auf ihr gegenwärtiges Verhältnis komme ich später zurück). Ihre historische Stellung beruht darauf, daß sie sich im Gegensatz zu diesen den Bismarckschen Gedanken zugänglich gezeigt haben. Naumann gewährt dem Leser auch kein Bild von den Parteiverhältnissen innerhalb des süddeutschen Liberalismus. Von den Kämpfen, die die deutsche Partei in Württemberg und die Nationalliberalen in Baden gegen die partikularistische Volkspartei geführt haben, erfahren wir nichts. Wenn man aber die Verdienste des Liberalismus aufzählen will, darf man nicht unerwähnt lassen, wie wacker die national gesinnten Württemberger und Badener gerade gegen die Lieblinge Naumanns, die Volksparteiler, gestritten haben. Man würde sonst ein Hauptverdienst des echten Liberalismus verschweigen. Nach Naumanns Schilderung\*) müßte man freilich annehmen, daß ganz Süddeutschland (wenn von den ultramontanen Kreisen abgesehen wird) sich zu dem Standpunkt der Frankfurter Zeitung bekannt hat, wobei es dann nur unbegreiflich wäre, wie trotzdem Bismarck hier so beliebt sein und der Süden sich mit dem Norden einigen konnte.

Natürlich muß Naumann trotz aller seiner Bemühungen, die Einheit des Liberalismus und dessen wesentliche Übereinstimmung mit der Demokratie zu predigen, wiederholt selbst auf die starken Differenzen der Nationalliberalen gegenüber den weiter links stehenden Gruppen zurückkommen. Er hilft sich aus dieser Verlegenheit, indem er die Nationalliberalen als Abtrünnige vom liberalen Programm und auch als minderwertig schildert. In dieser Beziehung findet sich S. 34 die amüsante Behauptung, daß in den vereinigten Sezessionisten und Fortschrittlern (von 1884) „eine Fülle von Geist und Talent lebte; denn außer Bennigsen und Miquel . . . war so ziemlich alles, was an Begabung und Talent von der vorhergehenden großen liberalen Zeit noch übrig war, nach links gegangen“. Sehr niedlich ist zunächst die Bemerkung „außer Bennigsen und Miquel“. Miquel war ja der begabteste der damaligen liberalen Politiker und Bennigsen derjenige, der am meisten parlamentarische Würde besaß! Sodann besaßen die vereinigten Freisinnigen gewiß manchen sehr begabten Mann, aber den politischen Aufgaben der Zeit hat sich keiner gewachsen gefühlt. Der Nationalökonom G. v. Schulze-Gävernitz, den Naumann doch gelten lassen wird, sagt über jene Politiker: „Die deutschen Manchesterleute waren, selbst in ihrer besten Zeit, kleinbürgerlichen Kalibers“.\*\*\*) Gerade in dem Munde Naumanns, der so viel Beredsamkeit der Sozial- und Kolonialpolitik gewidmet hat, nimmt sich das Lob des politischen Talents der Führer des Manchesterturns recht seltsam aus. Bamberger verurteilte die Sozialpolitik bis zu seinem Tode

\*) Vgl. Grenzboten vom 13. Juli 1910, S. 63.

\*\*) Dies und andere dahin gehörige Urteile habe ich in meiner erwähnten Schrift (S. 46) angeführt.

durchaus und verlangte die Aufgabe der Kolonien. Mommsen verstand sich wohl mit dem Sozialistengesetz, erklärte jedoch den Kathedersozialismus für „Schwindel“<sup>\*)</sup>. Oder will Naumann vielleicht die politische Einsicht Bichhows loben? Die Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik, auf deren Seite Naumann doch nach seinem eigenen sozialpolitischen Bekenntnis das politische Urteil finden mußte, standen in ihrer überwältigenden Mehrheit jenen freisinnigen Manchesterleuten ablehnend gegenüber. Eine unberechtigte Glorifizierung der Freisinnigen ist es weiter auch, wenn Naumann (S. 11) der preussischen Fortschrittspartei der Konfliktzeit ein ganz besonderes Verdienst um die Einigung Deutschlands zuschreibt<sup>\*\*</sup>). Hier hätte er eher der Gothaer, der Süddeutschen, die gegen seine vollsparteilichen Lieblinge kämpften, gedenken sollen. Obwohl ja mancher echt deutsch gefinnte Mann in die Fortschrittspartei geraten war, so lagen die Ideale der Gruppe aus ihr, die Naumann namentlich hervorhebt, der „Jung-Litauer“, keineswegs in erster Linie auf jenem Gebiet. Man muß die Schilderung, die Sebastian Hensel aus ihrem Kreise heraus von ihr entwirft, lesen, um eine Anschauung von dieser sehr planlosen, recht unpolitischen Genossenschaft zu erhalten. Hensel schreibt in seiner Selbstbiographie (S. 315) über seine politische Tätigkeit in jener Zeit: „Ich schäme mich ihrer heute gründlich; sie war doch im ganzen recht kindisch“. Und Joh. G. Droysen, einer von den Männern, die sich wahrhaft um die Einigung Deutschlands verdient gemacht haben, hat die damalige Opposition aufs schärfste mißbilligt; er wollte gar nichts mehr von diesen Oppositionellen wissen. Es ist aber auch wieder charakteristisch, daß Naumann, der so oft der nationalen Machtpolitik das Wort geredet hat, heute die Fortschrittsmänner aufs höchste preist, denen solche Gedanken Gegenstand des Abscheus waren.

Wir sagten ferner, daß Naumann die Nationalliberalen als Abtrünnige vom Liberalismus schildert. In dieser Hinsicht ist es niedlich (S. 90), wenn er ihre Gewinnung für die Wirtschaftspolitik Bismarcks nicht wesentlich auf sachliche Umstände, sondern auf eine „Suggestion der Zollfreunde“ zurückführt. Er faßt den Liberalismus prinzipiell als unvereinbar mit dem Schutzollsystem auf. Gewiß kann man aus einer bestimmten Theorie des Liberalismus die unbedingte Verwerfung desselben deduzieren. Wenn wir jedoch die Frage aufwerfen, wie sich historisch Liberalismus und Schutzoll zueinander verhalten haben, so nehmen wir wahr, daß sie zwar oft als Gegensätze, wiederholt aber auch als Freunde aufgetreten sind. Blicken wir nur auf die Zeit unmittelbar vor dem Beginn der Wirtschaftspolitik Bismarcks, so begegnen wir an verschiedenen Stellen in liberalen Kreisen schutzöllnerischen Tendenzen. Einmal in Süddeutschland, der

<sup>\*)</sup> Der Nachfolger Mommsens auf dem Berliner Lehrstuhl, Eduard Meyer, hat kürzlich in seinen „kleinen Schriften“ ein ganz klares Urteil über die Unmöglichkeit der Mommsenschen Politik ausgesprochen.

<sup>\*\*</sup>) Vgl. auch die Einwendungen gegen Naumann, die Prof. Hasbach in der Ztschr. für Sozialwissenschaft 1910, S. 469 ff. macht.

Heimat J. Lists. Sodann fand Bismarcks Schutzzollpolitik entgegenkommende Tendenzen im niederrheinisch-westfälischen Industriebezirk, dessen Vertreter zur liberalen Partei gehörten. Umgekehrt huldigten die norddeutschen Konservativen der überwiegenden Mehrzahl nach bis zum Jahre 1878 einem entschiedenen Freihandel\*). Nun bleibt es allerdings richtig, daß die nationalliberale Partei als solche sich nur zögernd und nur zum Teil der Bismarckschen Wirtschaftspolitik angeschlossen hat, während die Konservativen schneller und entschlossener sich zu ihr bekannten. Dadurch erhielten diese als diejenigen, die den politischen Moment richtig erfaßten, ein politisches Übergewicht. Die nationalliberale Partei aber zögerte nicht etwa, weil in ihr gar keine schutzzöllnerischen Elemente vorhanden waren, sondern weil sie einen radikal freihändlerischen linken Flügel hatte, auf den Bennigsen noch immer meinte Rücksicht nehmen zu müssen (Eintritt in das Ministerium!). Hätte man diesen früher abgestoßen, so wäre wohl der nationalliberale Einfluß auf die allgemeine Politik größer geworden. Hätte sich aber der rechte Flügel dem linken untergeordnet und mit diesem die Politik Bismarcks ganz abgelehnt, so wäre die politische Bedeutung des Liberalismus zum Nichts herabgesunken. Wer vermag heute im Ernst zu bestreiten, daß die Politik der Nationalliberalen im Gegensatz zu der der Linkliberalen die richtige gewesen ist!

Raumann vermeidet sorgfältig die offene und entschiedene Erklärung, daß die Nationalliberalen das Notwendige früher als die Linkliberalen erkannt, und zwar auch gerade das als notwendig erkannt haben, was er von seinem nationalsozialen Standpunkt aus von Rechts wegen als das Wahre und Unvermeidliche bezeichnen muß. Auf S. 81 bedauert er, daß „ein großer Teil der Kraft, die überhaupt von der deutschen Linken aufgebracht werden konnte, sich darin erschöpfte, daß man sich gegenseitig untereinander auseinandersetzte, daß die verschiedenen Teile des bürgerlichen Liberalismus ihre Grenzen immer neu regulierten, etwa wie die kleinen Staaten auf dem Balkan niemals aufgehört haben, ihre Landkarten beständig ein wenig zu verschieben, und glauben, damit in der Welt mehr zu bedeuten“. Hat es sich hier wirklich um kleinliche nachbarliche Plänkelleien gehandelt? Ja, worum kämpfte man denn? Wenn die Nationalliberalen gegen die Freisinnigen (und Sozialdemokraten) für ein starkes Heer, Kolonien, nationale Wirtschafts- und Sozialpolitik in Bismarcks Tagen und noch darüber hinaus stritten, so waren das doch die höchsten Fragen, um die man überhaupt kämpfen konnte.

Mit der Geringschätzung, die Raumann dem Kampf der Nationalliberalen gegen die Freisinnigen widmet, steht es in Übereinstimmung, wenn er über die

\*) Schon hieraus ersieht man, wie haltlos es ist, wenn Raumann S. 26 behauptet, daß die Konservativen sich mit dem neuen Deutschen Reich erst befreundet hätten, als sie erkannten, „was für eine schöne Zollgrenze dieses erweiterte Reich abgeben würde“; sie wären 1876 als „Zöllner“ aufgetreten. Bekanntlich ist die Bildung der „deutschkonservativen“ Partei schon vor 1878 erfolgt. In einer anderen Stelle, S. 64, muß Raumann selbst konstatieren, daß im Programm von 1876 „kein Wort über Zölle steht“. S. 26 aber stellt er das Gegenteil dar. So schreibt er Geschichte!

Bismarcksche Politik und ihre Wirkungen folgende Urteile fällt: „Das hohe, freie Wort ‚national‘ bekam mit einem Male lauter ängstliche Züge“. „Es klang jetzt fast plötzlich wie der Weheruf einer ächzenden Volkswirtschaft.“ „Jetzt kam die Zeit der geschichtlichen Alltäglichkeiten wieder heraus, und alle alten Neigungen und alten Streite und alten Kleinlichkeiten des Deutschtums krochen aus ihren verschiedenen Ecken hervor.“ (S. 30.) „Alle die, denen die moderne liberale Entwicklung zu schnell gewesen war, die von den Milliarden der Franzosen selber nichts mit abbekommen hatten, die im Zeitalter des Verkehrs zu straucheln begannen und sich nicht zurechtfinden konnten, sie alle häuften sich zusammen.“ (S. 27.) „Alles, was jener ältere Liberalismus jugendlich kühn für die Zukunft geschaffen hat, ist . . . in Hände von ängstlichen Lehrmeistern gebracht worden.“ (S. 77.) Immer von neuem klagt Naumann über die „Bvormundung“, die Bismarcks System über das deutsche Volk gebracht habe. Er gibt zu verstehen, daß bei derjenigen Form der nationalen Idee, die Bismarck begründet habe, das einzelne Glied der Nation Zukunftsfreudigkeit, Selbständigkeit und Stolz nicht in sich trage. (S. 85.) Weiter hören wir (S. 60): „Es ertönte nun ein stets wachsendes allgemeines Rückwärts, Rückwärts“. Auch der Partikularismus soll eine neue Wiederkehr gehabt haben (S. 58). Von jenen Anschauungen aus begreift es sich, daß Naumann (S. 35) die Wahlbewegung von 1887, die ganz in Bismarcks Sinne gehalten war, aufs schärfste tadelt; er nennt sie „unerhört“. Und so schließt er denn mit dem Ausdruck der Besorgnis, daß Deutschland unter der Herrschaft der Mächte, die Bismarck gezogen, Gefahr laufe, ein zweites Spanien zu werden.

Bei all diesen Sätzen ist es nun besonders amüsant, daß sie gerade von Naumann herrühren, der doch die Schlagwörter, welche jahrelang seinen Agitationsstoff bildeten, eben jenem Bismarckschen Zeitalter entnommen hat. Denn woher sonst stammen die Vorstellungen von dem Königtum, das sich der Arbeiter annimmt, von der Notwendigkeit einer starken nationalen Entfaltung nach außen? Aus dem Lager der manchesterlichen Freisinnigen, der Vorgänger seiner heutigen Freunde, stammen sie wahrlich nicht. Und auf welcher Seite mag wohl Naumann selbst in der „unerhörten“ Wahlbewegung von 1887 gestanden haben? Etwa bei Richter-Windthorst-Grillenberger?

Damals und noch lange darüber hinaus wird Naumann nicht die Überzeugung gehabt haben, daß Bismarck der nationalen Idee den Charakter der Engigkeit und Kleinlichkeit gegeben habe. Damals wird er gewußt haben, daß sie durch Bismarck wesentlich verstärkt und vertieft worden ist. Jeder, der überhaupt dem nationalen Gedanken die Stellung eines berechtigten Motivs im politischen Leben zuerkennt, war in jenen Jahren von dem Gefühl erfüllt, daß es eine Lust sei, zu leben, und daß die Geister erwachen. Alles, was heute unsere Ideale ausmacht, stammt ja aus jener Zeit: die nationale Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Kolonialpolitik, die Verteidigung des germanischen Bodens gegen die Polen und die innere Kolonisation. Der große wirtschaftliche Auf-

schwung, um dessen willen heute die Völker Deutschland beneiden, hat seinen Anfang in eben jenen Jahren\*). Mehr als kindlich nimmt es sich aus, wenn Raumann die Jahre der Bismarckschen Wirtschaftspolitik als die Periode der Leute, die „im Zeitalter des Verkehrs sich nicht zurechtfinden konnten“, charakterisiert. Ich setze dagegen Urteile eines Nationalökonomens, der prinzipiell Freihändler ist, aber selbstverständlich viel zu viel historisches Verständnis besitzt, um auf das Niveau Raumanns herabsteigen zu können, G. v. Schulze-Gävernitz („England und Deutschland“ S. 21 ff.): „Bismarck war Neumerkantilist, einem Colbert ebenbürtig, ein Industriebegründer größten Stils. . . . Seit jenen Tagen verschob sich Deutschlands volkswirtschaftlicher Schwerpunkt auf Industrie, Handel, Schifffahrt und Bankwesen. . . . Deutschland ist heute der an Großbritannien herangipfelnde Industriestaat. Unseren Großvätern wäre solche Prophezeiung als Wahnwitz erschienen. Wir aber nörgeln, während solches geschieht“.

Der Partikularismus hat wohl auch noch nach 1878 sein Haupt erhoben. Indessen sind die Freisinnigen selbst gelegentlich (so bei der Opposition gegen den Zollanschluß Hamburgs) seine Träger gewesen, und wenn Bismarck die Frankensteinische Klausel vom Zentrum annahm, so geschah es, weil der freisinnige Widerstand gegen seine Politik ihn zu dieser Nachgiebigkeit zwang. Überwiegend aber hat auch die innere Politik Bismarcks und zwar gerade seine Wirtschaftspolitik eine Stärkung der Reichsgewalt zur Folge gehabt.

Nach Raumann (S. 78) ist „der Liberalismus der Vergangenheit als Idee groß und als Organisation schwach gewesen“; darauf will er wesentlich seinen Rückgang zurückführen. Tatsächlich erweist sich das Gegenteil. Aus Bennigsens Briefwechsel, den Raumann selbst zitiert, ersieht man, daß bei der Trennung der Sezession von den Nationalliberalen die ausgebaute Parteiorganisation bei den Sezessionisten blieb, während die Bismarck folgenden Nationalliberalen zunächst des Parteiapparats entbehren mußten. Überhaupt waren die Freisinnigen, die Raumann als die Träger seines Liberalismus ansieht, gut organisiert, viel besser z. B. auch als die Konservativen, die wenig Zeitungen zur Verfügung hatten und sich immer erst für den einzelnen Fall aufrafften. Aber wie stand es mit der „Idee“ jenes Liberalismus? Wo findet man die „Ideen“ z. B. Rickerts und Richters? Beide waren in der äußeren Arbeit für die Partei musterhaft fleißig. Allein was könnte man für einen anderen Gedanken bei ihnen entdecken als den eines ganz formalistischen Liberalismus! Und nun werden sie, denen das „National-soziale“, zumal in der Form, wie es Raumann früher vertrat, ein Greuel war, von ihm wegen ihrer „Idee“ gefeiert!

Raumann klagt über „Bevormundung“ und denkt dabei außer an die Schutzölle besonders an die neueren Handwerksinnungen\*\*). Allein diese stören

\*) Diese ihm unbequeme Tatsache sucht Raumann beiseite zu schieben, indem er seinen Lesern erzählt (S. 87), seit „den sechziger Jahren“ sei der Aufschwung erfolgt.

\*\*\*) Auch das Sozialistengesetz verwerlet Raumann ausgiebig für die Kritik der Bismarckschen Zeit. Bei ihm ist aber vor allem zu berücksichtigen, daß es die sehr begreifliche

uns doch gewiß nicht in dem Maße, daß wir deshalb unser Zeitalter ein Zeitalter der Bevormundung nennen dürften. Soweit eine solche heute besteht, wird sie hauptsächlich ohne Zweifel durch die sozialpolitische Gesetzgebung hervorgerufen. Wer aber diese als eine große Errungenschaft unserer Zeit ansieht, muß sich auch die „Bevormundung“ gefallen lassen. Die heftigen Klagen, die Naumann gegen sie erhebt, sind wiederum charakteristisch für diesen Geschichtsschreiber.

Im Grunde ist es recht unpraktisch, daß Naumann, wenn er heute den Liberalismus empfehlen will, sich in der Herabsetzung der Bismarckschen Ära und ihrer Wirkungen so sehr ereifert. Es wäre viel klüger, wenn er darauf hinweisen würde, daß in der Gegenwart die Freisinnigen das Gute aus dem System Bismarcks sich anzueignen bemüht seien. Er könnte, statt den nackten Freihandel zu proklamieren, z. B. hervorheben, daß die Freisinnigen in der letzten Beratung über die Dampfersubvention mit größter Entschiedenheit für diese eingetreten seien, während sie ihnen in Bismarcks Zeit stets Gegenstand des Abscheus gewesen war. Aber ein solches Verfahren wird Naumann unmöglich gemacht durch seine Haupttendenz, die Einheit des Liberalismus mit der Sozialdemokratie darzutun.

Wie ungünstig die Nationalliberalen historisch bei diesem Versuch der Gewalttätigkeit fahren, das haben wir schon gesehen. Und in der Gegenwart finden sie ebenfalls in Dingen, die ihnen am Herzen liegen, bei Naumann keine Gnade: sie sind z. B. Schutzzöllner und fordern die Ausführung des Enteignungsgesetzes; er verurteilt mit den Freisinnigen und Sozialisten beides aufs schärfste. Andererseits stehen heute die Freisinnigen in wichtigen Beziehungen den Nationalliberalen näher als in Bismarcks Zeit, in gemeinsamem Gegensatz gegen die Sozialdemokratie: in den Heeres- und Flottenfragen und der Kolonialpolitik. Wenn nun alle diese Dinge es zum Rätsel machen, wie Naumann dabei seine Formel „von Bismarck bis Bebel“ durchführen will, so fragt es sich, ob er wenigstens für seine persönliche Auffassung vom Liberalismus die Identität mit dem Sozialismus zu erweisen vermag. Sein Hauptargument ist folgendes: Die Unternehmer tun sich in Riesenverbänden zusammen, wodurch sie eine unheimliche Macht über ihre Arbeitskräfte ausüben können. Hiergegen müssen sich die Angestellten und Arbeiter ebenfalls in großen Verbänden zusammenschließen, und sie zu schützen und zu stützen ist die identische Aufgabe des Liberalismus und Sozialismus. Dieser Gedanke wird von Naumann ganz geistreich durchgeführt. Aber er hat den Nachteil, daß er sich nicht recht verteidigen läßt. Naumann gerät mit dieser These in Widerspruch gegen seine eigene Darstellung. Während er nämlich da, wo er gegen Konservative und Zentrum und Bismarck spricht, stets das Recht

Gegenwirkung gegen die Attentate ist. Sodann haben sich mit ihm die von Naumann gefeierten Liberalen, z. B. Mommsen, leidlich abgefunden. Im übrigen mag zur Würdigung des Sozialistengesetzes auf die Darstellung von Th. Ziegler, „Die geistigen und sozialen Strömungen des neunzehnten Jahrhunderts“ (Berlin, G. Bondi. 3. Aufl. 1910), hingewiesen werden.

der freien Persönlichkeit, die sich nicht bevormunden und einschnüren lasse, vertritt, empfiehlt er nun die genossenschaftliche Zusammenfassung, die Einordnung in den Verband. Gewiß dürfen die Liberalen heute ihr altes rein individualistisches Prinzip nicht mehr uneingeschränkt festhalten. Allein überall, wo sich noch echter Liberalismus findet, wird er gegen die Alleinherrschaft der Verbände, und zwar gegen die der Arbeiter ebenso wie gegen die der Unternehmer reagieren, und er reagiert tatsächlich ja immer von neuem dagegen. Damit hängt es zusammen, daß die Arbeiterverbände und die Arbeiterinteressen im Liberalismus durchaus nicht eine klassische Stütze finden. Es ist Willkür, wenn Naumann gerade aus dem Gesichtspunkt der Verteidigung der Arbeiterverbände die geschlossene liberal-sozialistische Bilanz konstruiert. Es war in dieser Hinsicht interessant, daß die Frankfurter Zeitung (1910, Nr. 180) während der Verhandlungen über das Reichsversicherungs-gesetz bei einer Frage dem Standpunkt des Zentrums vor dem der Freisinnigen den Vorzug gab. Wenn man die Gruppierung der Parteien lediglich nach dem vornehmen will, was für Naumann „das Problem“ ist (S. 105), so kann man auch eine ganz andere Zusammenstellung machen, als Naumann sie dekretiert, z. B. Zentrum und Sozialisten gegen Liberale und Konservative oder auch Zentrum, Freisinnige und Sozialisten gegen National-liberale und Konservative. Indessen sind diese Parteien ja keineswegs Gegner der Sozialpolitik überhaupt, und in ihren Kreisen finden sich sogar enragierte Sozialpolitiker wie der Arbeiterssekretär Behrens, der reichsparteiliche Abgeordnete Linz und der bisher nationalliberale Abgeordnete v. Heyl, die an Interesse für den Arbeiterstand keinem von der andern Seite nachstehen. Das Moment, welches nach Naumann Liberalismus und Sozialismus zu einer Einheit macht, trennt sie eher, als daß es sie verbindet, und es reicht ferner bei weitem nicht hin, um dem politischen Leben einen bestimmten Charakter zu geben. Werfen wir einen Blick auf die großen Parteigruppierungen der letzten Jahre, den badischen Großblock und den Bülow-Block im Reichstag, so ist hier die Frage der Arbeiterverbände weder das Einigende noch das Trennende. Der Bülow-Block zeigt, daß eine Parteigruppierung, die nicht auf dem Naumannschen Schema beruht, Großes leisten kann, während der Beweis, daß der Bund „von Wasser-mann bis Bebel“ die Fragen von Heer, Flotte, Kolonien, Wirtschaftspolitik, Polenpolitik und auch Sozialpolitik zu lösen vermag, wohl auf sich warten lassen wird. Begreiflicherweise ist Naumann dem Bülow-Block, obwohl er ihm beitrat, nicht grün, wie er denn auch zu denen gehört, die ihn untergraben haben: er habe nicht mehr bedeutet, „als wenn im März einmal einige Tage besonders warm sind“ (S. 47). Da beweist der Abg. v. Heydebrand (dessen Verfahren bei der Finanzreform wir im übrigen nicht billigen) doch mehr politisches Urteil, wenn er in seiner Rede vom 10. Juli 1909 hervorhebt, gewisse nationale Interessen seien durch den alten Block dauernd gesichert worden\*).

\*) Näheres darüber in meiner Schrift: „Die politische Lage im Reich und in Baden“ (Heidelberg 1910), S. 20.

Einen Beleg für die Möglichkeit des Baffermann-Bebel-Blocks sieht Naumann in der Verbindung der englischen Arbeiter mit den dortigen Liberalen (S. 81). Eine solche besteht indessen tatsächlich nicht. Denn erstens haben es die Arbeiter in England bisher bald mit den Konservativen, bald mit den Liberalen gehalten. Zweitens kommt gegenwärtig eine besondere Arbeiterpartei, abseits der alten Parteien, auf. Allein selbst wenn es sich so verhielte, daß die Arbeiter sich dort dem Liberalismus angeschlossen hätten, so würde es nichts für Deutschland beweisen. Denn bei der starken Beschränkung des Wahlrechts, die England eigentümlich ist, sahen sich die Arbeiter genötigt, mit den alten Parteien zu paktieren oder sich ihnen gar ganz anzuschließen.

Es ist heute nur ein Unterschied im Tempo und im Maß, aber nicht im Prinzip, wodurch etwa die Parteien in sozialpolitischer Hinsicht getrennt werden. Und möglich wird eine Sozialpolitik erst, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt werden, für die der Politiker vor allem Sorge zu tragen hat. Die großen Fragen der Sicherheit und Selbständigkeit des Staats müssen stets im Vordergrund eines gesunden politischen Lebens stehen. Wie sich jedoch die Sozialdemokraten hierzu stellen, ist bekannt genug, und unter den Freisinnigen gibt es heute noch einige, über deren Angstmeierei sich sogar Sozialisten erheitern\*).

Naumanns Programm — er will ein solches in seinem Buch geben — ist von erstaunlicher Dürftigkeit. Abgesehen von dem, was ihm „das Problem“ ist, empfiehlt er den Freihandel (schlechthin) und die Einführung des Zwangsbefuchs der Volksschule für alle Kinder (S. 106). Von dieser Einrichtung erwartet er das Allerhöchste für die Entwicklung des deutschen Volks. Wir erwarten davon weder eine sonderlich gute noch eine sonderlich schlechte Wirkung und denken darüber liberal, d. h. wir halten an dem bisherigen System der freien Wahl der Schule fest. Weiter drückt Naumann (S. 83) mehrere Sätze der preussischen Verfassungsurkunde, in der von der Freiheit der Staatsbürger die Rede ist, ab und ereifert sich im Anschluß daran über die Bevormundung im heutigen Staatsleben und darüber, daß der Staat zu dem Zweck da zu sein scheine, „Menschen gebunden zu machen“. Leider gibt er hier nicht näher an, welche Spitzen jene Zitate haben sollen. Wie es sich mit der „Bevormundung“ verhält, haben wir schon gesehen.

So dürftig aber Naumanns Programm ist, so findet er doch für seinen Roman einen gläubigen Wählerkreis und macht für seine historische wie politische Auffassung Schule. In einer Schrift von W. Dhr „Vom Kampf der Jugend“, von der gegenwärtig ein Stück in einem studentischen Almanach verbreitet wird, lesen wir: „Es ist, als ob die Riesengestalt Bismarcks ein Ende gesetzt hätte aller vaterländischen Initiative. Deutschland ist saturiert — mit diesem Wort ist das politische Philisterium sanktioniert worden. . . . Bismarck und seine Epoche sind definitiv hinter uns“. Offenbar sollen wir fortan lediglich von der Formel „von Baffermann bis Bebel“ leben.

\*) Siehe einige Zitate hierüber in meiner Schrift: „Das parlamentarische Wahlrecht in Deutschland“ S. 67.